

Fachkräftemangel – Zahlen und Fakten zum Gesundheitsstandort Bern

Bern, im Juli 2017

Der Gesundheitsstandort Bern hat grosses Potenzial ...

Der Kanton Bern hat mit dem renommierten Universitätsspital, einer grossen Anzahl an führenden Medizintechnik- und Pharmaunternehmen, einer hohen Dichte an Spitälern, Pflegeangeboten sowie Dienstleistungen für Angehörige die einmalige Chance, sich national und international als einer der führenden Gesundheitsstandorte zu positionieren.

... aber auch deutlichen Handlungsbedarf!

Der Kanton Bern braucht eine zukunftsorientierte und nachhaltige Gesundheitspolitik, damit er sein Potenzial ausschöpfen und sich als führender Gesundheitsstandort behaupten kann. Dazu braucht es die Zusammenarbeit von privaten, halbprivaten und öffentlichen Körperschaften sowie sektorsübergreifende Kooperationen.

Die Projektgruppe „Gesundheitsstandort“ von Fokus Bern, bestehend aus Gesundheitsexperten und Berner Unternehmern, setzt sich mit der Frage einer wirksamen und fokussierten Gesundheitspolitik für den Kanton auseinander. Dabei steht nicht das aktuelle Tagesgeschäft im Vordergrund; vielmehr sollen Optimierungspotenziale identifiziert und die Gesundheitspolitik in einem ganzheitlichen Ansatz dynamisiert werden.

Die Thesen und Forderungen zum Gesundheitsstandort Bern werden im Positionspapier von Fokus Bern aufgeführt (siehe www.fokus-bern.ch → Gesundheitsstandort Bern).

Ein Thema des Papiers betrifft das den Fachkräftemangel. Im Folgenden werden Zahlen und Fakten zur Bedarfsentwicklung und zum Angebot aufgezeigt.

Allgemeines

Der Fachkräftemangel ist in der Medizin äusserst ausgeprägt. Dies äussert sich am stärksten bei den Ärzten und in der Pflege und Betreuung. Ein hoher Anteil der Personen wird importiert: 33% der in der Schweiz tätigen Ärzte stammen aus dem Ausland. Dabei fallen auch die Prognosen für die Zukunft deutlich aus: Können die Absolventenzahlen nicht beträchtlich gesteigert werden, wird das Schweizer Gesundheitssystem auch in Zukunft stark von ausländischen Fachkräften abhängig bleiben.

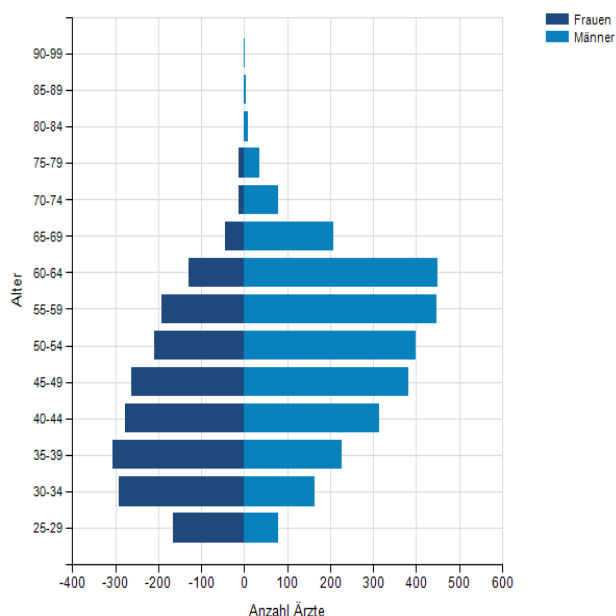
Inanspruchnahme von Leistungen

Zur Inanspruchnahme von stationären Leistungen im Kanton bestehen seitens der GEF relativ detaillierte Zahlen und Prognosen, die im Rahmen der Spitalversorgungsplanung erarbeitet wurden. Die Prognose für das Jahr 2020 zeigt gegenüber den Daten von 2013 einen Zuwachs der Fallzahlen von stationären Leistungen um 6,5 Prozent (10'431 Fälle). Das entspricht einem durchschnittlichen Wachstum von 0,9 Prozent pro Jahr. Dabei erwartet man bis 2020 eine unterschiedliche Veränderungsrate in den einzelnen Leistungsbereichen; die stationären Spitalleistungen werden vor allem in den Leistungsbereichen mit einem hohen Anteil an älteren Patientinnen und Patienten künftig stärker zunehmen.

Heutige Versorgungsdichte

Im Kanton Bern sind laut der FMH-Ärztestatistik 4'708 Ärzte tätig. Davon arbeiten 2'255 im ambulanten Sektor, 2348 im stationären Sektor und die übrigen 105 in anderen. Die Alterung der berufstätigen Ärzte im Kanton Bern ist sehr ausgeprägt, zudem ist die Personengruppen, die bald in den Ruhestand treten wird, eher männlich, während der Nachwuchs eher weiblich ist (siehe Abb. 3).

Abb. 3: Anzahl und Alter der Ärzte im Kanton Bern, nach Geschlecht, 2016



Die Feminisierung der Medizin ist denn auch eine zusätzliche Herausforderung, da Frauen laut heutigen Zahlen kleinere Pensum arbeiten als Männer: Laut der FMH-Ärzttestatistik ist das durchschnittliche Arbeitspensum der Frauen in der Schweiz (ambulant: 6,9; stationär: 8,8 Halbtage) deutlich tiefer im Vergleich zu demjenigen ihrer männlichen Kollegen (ambulant: 8,9; stationär: 10,1 Halbtage).

Aktuelle Zahlen zeigen, dass sich der Kanton Bern im schweizweiten Durchschnitt bewegt, was die Ärztedichte anbelangt. Folgende Zahlen aus dem Jahr 2010 sind für den Kanton Bern massgebend:

- Grundversorger: 0,9 Ärzte pro 1000 Einwohner (Schweiz: 0,95)
- Spitalärzte: 2,4 Ärzte pro 1000 Einwohner

Hier muss angemerkt werden, dass die OECD eine Ärztedichte von 1 Arzt pro 1000 Einwohner empfiehlt. Mit einer Ärztedichte von 4,2 Ärzten pro 1000 Einwohner liegt die Schweiz über dem OECD-Durchschnitt von 3,3, aber ungefähr gleichauf mit Nachbarländern wie Deutschland und Frankreich, aber deutlich tiefer als Österreich. Es hat also in Bern und der Schweiz nicht per se zu wenige Ärzte, aber die regionale Verteilung sowie das Verhältnis zwischen Grundversorgern und Spezialisten sind ungünstig.

Laut Auskunft der GEF erhebt der Kanton Bern keine Zahlen und macht auch keine Prognosen zum Bedarf an niedergelassenen Ärzten und solchen im stationären Bereich. Denn dazu fehle die notwendige gesetzliche Grundlage.

Bedarf an Ärzten und Ärztinnen im Kanton Bern

Laut einer Studie des Vereins Berner Haus- und Kinderärzte (VBHK) aus dem Jahr 2016 braucht der Kanton Bern bis 2020 rund 240 zusätzliche Vollzeit-Hausärztinnen und Hausärzte, um den aktuellen Stand der Versorgung zu erhalten. Im Jahr 2015 waren 816 Hausärzte im Kanton Bern tätig, davon gehen laut Modell bis ins Jahr 2020 27% in Pension. Bis ins Jahr 2030 verschwinden somit zwischen 745 bis 820 Vollzeitstellen.

Das bedeutet, dass pro Jahr zwischen 70 und 80 neue Hausärzte mit einem Facharzttitel abschliessen müssten, um die Lücke zu füllen. Diese Berechnung ist eher noch optimistisch, denn der Trend zur Teilzeitarbeit verschärft den Hausarztmangel: Um einen alten Hausarzt zu ersetzen, braucht es laut der VBHK-Studie 1,8 neue Hausärztinnen und Hausärzte.

Eine Befragung unter den Mitgliedern der Ärztesgesellschaft des Kantons Bern (N=684) im Jahr 2015 hat gezeigt, dass ein grosser Mangel an Hausärzten und Kinderärzten im ganzen Kanton besteht. Laut Selbsteinschätzung der Berner Ärzte ist dieser Fachkräftemangel auch in der Stadt und Agglomeration Bern relevant, doch prekär sei er vor allem im Jura und im Ob- und Nidwalden. Demgegenüber ist die Versorgung durch Spezialisten für das ganze Kantonsgebiet gewährleistet. Zudem wird in Stadt und Region Bern eine Überversorgung in den Fachgebieten allgemeine Chirurgie, orthopädische Chirurgie, Kardiologie und Radiologie konstatiert.

Sonderprogramm Humanmedizin

Um dem drohenden Ärztemangel zu begegnen und die zunehmende Abhängigkeit vom Ausland zu verringern, hat der Bundesrat Anfang 2016 eine Anschubfinanzierung für die Humanmedizin von 100 Millionen Franken über vier Jahre beschlossen. Ziel des Bundesprogrammes ist es, die Anzahl Medizin-Abschlüsse von gegenwärtig etwas über 1'000 auf 1'300 pro Jahr anzuheben.

Die Universität Bern hat die Zahl der Studienplätze in der Humanmedizin in den letzten Jahren ausgebaut. Waren es 2007 noch 125 Studienplätzen, so waren es im Jahr 2014 schon 220 Plätze. In der zweiten Hälfte 2016 haben Regierungsrat und Universität Bern entschieden, deren Zahl per 1. August 2018 um weitere 100 Plätze auf 320 Plätze pro Jahr zu erhöhen. Aus dem Sonderprogramm Humanmedizin des Bundes wird die Universität Bern einen erheblichen Teil der Finanzierung dieser zusätzlichen Plätze erhalten (voraussichtlich 90 Plätze).

Eine [Motion im Grossen Rat](#) (Nr. 2017.RRGR.162) von Hans-Peter Kohler verlangt indes, dass der Regierungsrat Massnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass die 100 zusätzlichen Ausbildungsplätze grösstenteils zugunsten von zukünftigen Hausärztinnen und Hausärzten ausfallen. Die Motionäre befürchten, dass die Zahl der ausgebildeten Spezialisten weiter steigt, ohne dass das Grundproblem bei den Niedergelassenen angegangen wird. Die Motion wurde im Juni 2017 im Grossen Rat ohne Gegenstimme angenommen.

Bedarf an nicht-universitären Gesundheitsfachpersonen

Die Personalbestände in den nicht-universitären Gesundheitsberufen in der Schweiz haben zwischen 2010 und 2014 insgesamt um 13% auf rund 202'000 Personen zugenommen, die Hälfte davon arbeitet in Spitälern. Bis ins Jahr 2025 prognostiziert das Obsan einen Bedarfszuwachs von gut 20% für das Pflege- und Betreuungspersonal. Doch trotz positiven Entwicklungen bei der Ausbildungstätigkeit entspricht die Zahl der Abschlüsse in Pflege und Betreuung von 2014 nur rund 56% des geschätzten jährlichen Nachwuchsbedarfs bis ins Jahr 2025.

Bis ins Jahr 2030 müssen schätzungsweise 65 000 zusätzliche Pflegepersonen angestellt werden: 29'000 Pflegepersonen der Tertiärstufe, 20'000 Pflegepersonen der Sekundarstufe II (EFZ und EBA) und 16'000 Personen ohne formale Ausbildung. Hinzu kommen zwischen 2014 und 2030 weitere 44'000 Pflegepersonen, die infolge von Pensionierungen ersetzt werden müssen. Das Obsan betont denn auch, dass ein Fokus auf Massnahmen zur längeren Berufsverweildauer sowie zur Steigerung der Attraktivität der Pflege und Betreuung konzipiert werden müssen, da mit der Ausbildung alleine der zukünftige Bedarf nicht gedeckt werden könne.

Ähnlich sieht es im Kanton Bern aus. Die Entwicklung im Kanton zeigt für die Jahre 2010-2013 eine Zunahme der Mitarbeitenden in Pflege und Betreuung um rund 10 Prozent, dies bei einer Zunahme der Stellen (VZÄ) um 10,8 Prozent (Total 10 119). 2013 war der Hauptanteil (82,3 Prozent) des Personals in Pflege und Betreuung in Akutspitälern tätig. Weitere 13 Prozent arbeiteten in der Psychiatrie, der Anteil der Beschäftigten in Rehabilitationskliniken betrug 4,6 Prozent. Es kann davon ausgegangen werden, dass der zukünftige Bedarf im Kanton analog zu demjenigen in der Schweiz ist. Somit wird sich auch in Pflege und Betreuung im Kanton Bern eine Versorgungslücke manifestieren, sollen die geeigneten Fachkräfte nicht gefunden werden können.

Quellenverzeichnis

Persönliche Gespräche mit Stephan Born, Leiter Planung/Projekte Inselspital und mit Dr. Karen Hofmann, Projektleiterin GEF Bern

FMH-Ärzttestatistik 2016. <http://www.fmh.ch/services/statistik/aerzttestatistik.html>

Obsan 2016: Gesundheitspersonal in der Schweiz.

<http://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/gesundheitspersonal-der-schweiz>

Ärztegesellschaft des Kantons Bern 2015: Monitoring Versorgungssituation 2015. <https://www.berner-aerzte.ch/fuer-aerzte/versorgungssituation.html>

Gesundheits- und Fürsorgedirektion: Versorgungsplanung 2016.

<http://www.gef.be.ch/gef/de/index/gesundheit/gesundheits/spitalversorgung/Versorgungsplanunggemae/ssspvg.html>

Verein Berner Haus- und Kinderärzte (VBHK). [Work Force Studie 2015.](#)